



# taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10514 | 38. WOCHE | 36. JAHRGANG

DIENSTAG, 16. SEPTEMBER 2014 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



**ZANKAPFEL** Vom Obst der Hesperiden bis zum Russenembargo: Die Kulturgeschichte der Pomologie > SEITE 13

**KLANGKUNST** Ein hochkarätig besetztes Festival in Rom zeigt Soundskulpturen an der Via Appia > SEITE 17

**BERLIN** Es bleibt bei drei Kandidaten für die Nachfolge von Wowereit > SEITE 21

Fotos oben: ap, mauritius images

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Erinnert sich noch jemand an die Piraten? Das war doch die Partei, die in Brandenburg mit der Forderung „Biber abschießen“ für Furore sorgte, oder? Nein, falsch, damit hatte sich die FDP selbst abgeschossen. Die Piraten hingegen fielen auf durch ... äh ... puh ...

also ... tja ... nun ... Ihr grandioses Wahlergebnis von 1,4 Prozent in Brandenburg bzw. 1,0 in Thüringen kommentierte die Bundespartei auf ihrer Homepage am Montag ...

... gar nicht. Irgendwer sollte denen verraten, dass die Wahlen schon gelaufen sind,

vor allem für die Piraten!

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 13.926 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13  
**Aboservice:** 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de  
**Anzeigen:** 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 25 10 6 94 anzeigen@taz.de  
**Kleinanzeigen:** 030 | 25 90 22 22  
**Redaktion:** 030 | 25 90 21 38  
**Redaktion:** 030 | 25 90 02-0 fax 030 | 25 11 30, briefe@taz.de  
**taz im Internet:** www.taz.de twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune

## Keine FDP ist auch keine Lösung

**WAHLEN** Der Zusammenbruch der FDP schadet dem rechten Spektrum keineswegs. Im Gegenteil: Die populistische AfD zieht Wähler in Scharen an – und die CDU legt dennoch zu. Für Mehrheiten links der Union wird es schwer, nicht nur in Brandenburg und Thüringen > SEITE 2, 3, 6, 12, 14



KOMMENTAR VON ROBERT MISIK ZU DEN ERFOLGEN DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

### Rechter Populismus angekommen

Jetzt ist sie schon bei drei Landtagswahlen in Folge in die Parlamente eingezogen, vergangenes Wochenende sogar mit zweistelligen Ergebnissen: die Alternative für Deutschland. Ist der rechtspopulistische Protest in Parteienform, der in vielen europäischen Ländern längst vertraut ist, nun auch in Deutschland angekommen und mehr als eine Eintagsfliege? Ja, es spricht viel dafür.

Deutschland war ohnehin schon länger eher ein europäischer Sonderfall: Wegen der deutschen Geschichte gab es eine gewisse Immunität gegen rechtspopulistische Versuche. Wichtiger ist aber vielleicht noch: Der allgemeine Verdruss über das Funktionieren des politischen Systems ist in Deutschland nicht so ausgeprägt wie anderswo, teilweise hat auch Die Linke das Wutpotenzial absorbiert. Aber es gibt auch in Deutschland genügend heimatlose Zornige, und die AfD ist jetzt ihre Partei.

Es wäre auch zu einfach, die AfD bloß als Stimme des „Rechtskonservatismus“ anzusehen, denn die Union nicht mehr zu repräsentieren versteht. Rechter Populismus, der erfolgreich ist, versteht es, ein Bündnis zu zimmern, das primär von starken negativen Emotionen zusammengehalten wird: Ang-

**Es ist eine antipolitische Revolte – gegen die etablierte Politik**

ry White Men mit ihrer Aversion gegen kulturelle und ethnische Diversität unserer Moderne; gegen diesen „Genderwahnsinn“; Leute, die sich aus realen oder eingebildeten Gründen als Zukurzgekommene sehen und die sicher sind, dass an ihrem Zukurzkommen irgendjemand schuld ist. Wichtiger noch als dieser oder jener politi-

sche Programmpunkt ist das verbindende Gefühl, bei „den Etablierten“, dem „normalen“ Parteiensystem keine Stimme zu haben. Was verbindet, ist der Zorn auf das Establishment, ein „wir gegen sie“. Wir, die normalen Leute, denen man ja gar nicht mehr zuhört, gegen „sie“, die liberalen Eliten, die da oben.

Es ist eine antipolitische Revolte – gegen die etablierte Politik. Bei allen Unterschieden ist es das, was die amerikanische Tea Party, die österreichische FPÖ, die Wilders-Partei in den Niederlanden, Ukip in Großbritannien, den Front National in Frankreich und viele andere verbindet und stark macht.

Es war immer klar, dass es dieses Potenzial auch in Deutschland gibt. Zu glauben, man könnte die AfD bekämpfen, indem etwa eine Establishment-Kraft wie die CDU ein bisschen rechter blinkt, ist eine weltfremde Annahme.

### „Hunderte“ im Mittelmeer ertrunken

**FLÜCHTLINGE** Schiff wurde zum Kentern gebracht, berichten Überlebende

ROM *afp* | Bei zwei Flüchtlingstragödien im Mittelmeer könnten binnen wenigen Tage bis zu 700 Menschen gestorben sein. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) berichtete am Montag unter Berufung auf zwei Überlebende, dass in der vergangenen Woche ein Boot mit rund 500 Flüchtlingen an Bord von Schleusern zum Kentern gebracht worden sei. Dutzende weitere Menschen ertranken am Sonntag vor der Küste Libyens. Bisher sind im Jahr 2014 nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR mehr als 2.500 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu passieren, ertrunken oder verschwunden.

> Ausland SEITE 10

### Motor für Wohlstand

**BERICHT** Bekämpfung des Klimawandels stützt Wirtschaftswachstum

BERLIN *taz* | Maßnahmen zum Klimaschutz können ein „Motor für Wirtschaftswachstum und Wohlstand“ sein. Das ist das Ergebnis eines Berichts der sogenannten Calderón-Kommission, der am Dienstag in New York vorgestellt wird. Hier findet in der kommenden Woche ein UN-Klimagipfel statt, zu dem auch US-Präsident Barack Obama erwartet wird. „Zwischen der Bekämpfung des Klimawandels und einer wachsenden Wirtschaft“ müsse man nicht wählen, sagt Felipe Calderón, Expräsident Mexikos und Kommissionschef.

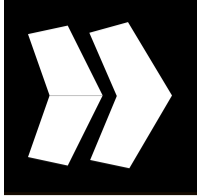
> Wirtschaft + Umwelt SEITE 8

### Liberia sucht deutsche Hilfe

BERLIN *taz* | Die Präsidentin von Liberia, Ellen Johnson Sirleaf, hat Deutschland um direkte Hilfe im Kampf gegen Ebola gebeten. So solle Deutschland in der liberianischen Hauptstadt Monrovia eine Ebolastation einrichten, bat Johnson Sirleaf die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Brief, den die taz dokumentiert. Ein Regierungssprecher in Berlin sagte der taz, eine Antwort werde „in den nächsten Tagen erfolgen“. Die Bundesregierung habe bisher rund 2,7 Millionen Euro für den Kampf gegen Ebola in Westafrika zur Verfügung gestellt. Laut Weltgesundheitsorganisation sind bislang über 2.400 Menschen in Westafrika an Ebola gestorben. **D.J.**

> Ebola-Tagebuch SEITE 11





## Wahlen in Thüringen und Brandenburg

In Thüringen wird es furchtbar eng für Rot-Rot-Grün. Doch Gleiches gilt für ein Bündnis zwischen CDU und SPD. Was tun?



### „Minderheitsregierung? Warum nicht!“

**LINKE** Bodo Ramelow will weiter Regierungschef werden, schließt Minderheitsregierung nicht aus

**taz:** Herr Ramelow, glauben Sie wirklich, mit einer Stimme Mehrheit Ministerpräsident in Thüringen werden zu können?

**Bodo Ramelow:** Glaubenssachen gehören für mich in den Gottesdienst. Ich analysiere nüchtern und stelle fest: Schwarz-Rot hat im Landtag eine Stimme Mehrheit. Und es gibt mehrere CDU-Abgeordnete, die keine Liebesbeziehung zu Christine Lieberknecht haben. Marion Walsmann, die gegen mich knapp das Direktmandat gewonnen hat, wird eher die Hand abfallen, ehe sie für Lieberknecht stimmt.

**Die Mehrheit für Schwarz-Rot ist sehr wacklig. Aber das heißt nicht, dass es für Rot-Rot-Grün besser aussieht. Schreckt Sie der Name Andrea Ypsilanti nicht?**

**Nein, überhaupt nicht. Mehrheit ist Mehrheit. Und die Inhalte müssen stimmen. Das hat Ypsilanti auch gesagt, als sie 2009 in Hessen eine rot-rot-grüne Koalition plante und dann an der eigenen Fraktion scheiterte.**

**Ja, aber die Lage war anders. Das Drama in Hessen war, dass die SPD vor der Wahl angekündigt hatte, nicht mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten. In Thüringen hat die SPD nichts ausgeschlossen.**

**Braucht der erste Linke-Ministerpräsident nicht trotzdem eine deutlichere Mehrheit?**

Ich kann mir keine Mehrheit malen. Ich muss das Ergebnis nehmen, wie es ist. Und dieses Wahlergebnis ist eine echte Denksportaufgabe. Alle Parteien müssen sich jetzt erst mal sortieren. Aber: Wenn es inhaltlich passt, und darauf deutet bei Rot-Rot-Grün sehr viel hin, werden wir es probieren. Der politische Wechsel sollte nicht an persönlichen Animositäten scheitern.

**Die Grünen haben angekündigt, hart zu verhandeln.**

Das ist doch in Ordnung. **Warum hat die SPD so viel verloren?**

Weil sie es nicht geschafft hat, ihre eigenen Erfolge zu kommunizieren. Der SPD ist es gelungen, das Image von Thüringen als Niedriglohnland zu verändern. Daraus hat sie wenig gemacht. **Sigmar Gabriel meint, die SPD hätte nicht offen lassen dürfen, mit wem sie regieren will.**

Gabriel ist nicht mein Parteichef. Ich denke: Die SPD wäre besser gefahren, wenn sie ihre Erfolge in der Regierung stärker präsentiert hätte – und auch gezeigt hätte, was mit der CDU nicht geht. Die SPD hat sich in der Koalition mit der CDU einfach zu viel gefallen lassen. Der CDU-Fraktionschef Mohring hat gesagt, dass mit dem SPD-Bildungsminister Matschie Margot Honecker an die Schulen zurückgekehrt ist. Das war eine direkte Beleidigung des SPD-Landesvorsitzenden, doch eine Verteidigungslinie der SPD gegen solche Angriffe gab es nicht. Das war völlig unverständlich. Es gab offenbar viele, die der SPD doch nicht zugetraut haben, dass sie wirklich einen Politikwechsel will.

**Gibt es in den Sondierungen für die Linke etwas, das nicht verhandelbar ist?**

Nein. In 80 Prozent der Programmatik stimmen Linkspartei, SPD und Grüne überein. Der Rest ist verhandelbar. Es gibt kein No-Go.

**Wann wird Thüringen eine neue Regierung haben?**

Wenn ich hellsehen könnte, würde ich jetzt Lotto spielen und nicht mit Ihnen sprechen. Ich weiß es nicht. Klar ist: Am Ende muss es Probeabstimmungen in den drei Fraktionen geben, ob es eine Mehrheit für mich gibt.

**Werden Sie Ministerpräsident?**

Das hängt davon ab, ob wir uns auf die Inhalte einigen. Und ob das Vertrauen in und unter den drei Parteien groß genug ist. Ich will Ministerpräsident werden – nicht wegen mir, sondern um eine reformorientiertere Landespolitik zu machen. Die CDU tut so, als wäre die Staatskanzlei ihr Privateigentum. Es ist Zeit, das zu ändern. Und eine Koalition auf Augenhöhe wäre auch etwas Neues.

**Wenn die Mehrheiten zu knapp sind – können Sie sich eine Minderheitsregierung vorstellen?**

Ich kann mir alles vorstellen. In nordischen Ländern sind Minderheitsregierungen ganz normal, nur in Deutschland tut man so, als würde die Welt untergehen. Ich hätte es gut gefunden, wenn es die Minderheitsregierung in Düsseldorf noch länger gegeben hätte. Wenn es nutzt, um reformerische Politik umzusetzen – warum nicht?

INTERVIEW: STEFAN REINECKE

#### Bodo Ramelow

■ 58, Spitzenkandidat der Linken in Thüringen und seit 2009 Fraktionsvorsitzender im Erfurter Landtag. Er stammt aus Hessen und kam 1990 als Landeschef der Gewerkschaft HBV nach Thüringen. Im Jahr 1994 Eintritt in die PDS, seit 1999 Mitglied des Erfurter Landtags, seit 2001 Chef der Linke-Landtagsfraktion.



Foto: Maurizio Gambarini/dpa



So sehen die Anhänger einer künftigen Regierungspartei aus: SPD-Mitglieder bei den ersten Hochrechnungen in Thüringen am Sonntag Foto: Jan Woitas/dpa

## Trauernde Königsmacher

**THÜRINGEN** Bodo Ramelow oder Christine Lieberknecht? Die SPD kann über den künftigen Regierungschef entscheiden. Angesichts des Wahlergebnisses tut sie sich damit schwer

**AUS ERFURT UND BERLIN MICHAEL BARTSCH UND TOBIAS SCHULZE**

Angenehm war dieser Auftritt für Heike Taubert nicht: Am Montagvormittag stand die Thüringer SPD-Spitzenkandidatin im Foyer des Berliner Willy-Brandt-Hauses, und neben den beiden Herren an ihrer Seite wirkte sie ziemlich erdrückt. Da war zum einen Sigmar Gabriel, der füllige Parteichef, der sie schon am Wahlabend öffentlich abgewatscht hatte. Und da war zum anderen Dietmar Woidke, der 1,94-Meter-Ministerpräsident aus Brandenburg, der seine eigene Landtagswahl klar gewann. Taubert dagegen holte für die Thüringer SPD bekanntlich nur 12,4 Prozent der Stimmen. Doch das ist an diesem Vormittag nicht ihr einziges Problem.

„Wir haben jetzt die wirklich schwierige Situation in Thüringen, dass sowohl CDU und SPD als auch Rot-Rot-Grün nur jeweils eine Stimme Mehrheit hätten“, sagte Taubert. Ihre Partei muss sich aber zwischen den beiden wackligen Optionen entscheiden, und in der Rolle des Züngleins an der Wange fühlen sich die Sozialdemokraten offensichtlich alles andere als wohl.

Eine stabile Mehrheit für Rot-Rot-Grün hätte einigen in der Partei gefallen: Raus aus dem Klammergriff der CDU und damit die Weichen stellen für ein

Linksbündnis nach der Bundestagswahl 2017. Nach dem schwachen Wahlergebnis halten sich die Befürworter eines solchen Bündnisses aber zurück. So etwa Parteizeuge Ralf Stegner: „Das Wahlergebnis spricht nicht für die Große Koalition, aber es ist auch kein Volkstotum für ein Bündnis mit der Linkspartei“, sagte er der taz.

In Thüringen selbst zögert das Spitzenpersonal ebenfalls, sich klar für eine bestimmte Koalition auszusprechen. Es ist eher die Basis, die auch nach der Wahlniederlage offen an den rot-rot-grünen Plänen festhält. So wie am Sonntagabend eine frustrierte Juso-Gruppe vor dem Wahlpartylokal, die in den herben SPD-Verlusten die Quittung dafür sah, dass man nicht schon 2009 bei komfortableren Ausgangsbedingungen in ein Bündnis mit Linken und Grünen eingestiegen ist. Dann tauchte auch noch der frühere Innenminister Richard Dewes auf, der schon mehrfach für Machtkämpfe in der Thüringer SPD sorgte. Er beharrte auf seinem Plädoyer für Rot-Rot-Grün. Und sei es nur mit der labilen Mehrheit von einer Stimme. „Mehrheit ist Mehrheit“, lächelte er.

Zunächst stehen aber Sondierungsgespräche an, und die wird offenbar nicht mehr die bisherige SPD-Spitze leiten. Nach Informationen der *Thüringer Allge-*

*In der Rolle des Züngleins an der Waage fühlen sich die Sozialdemokraten alles andere als wohl*

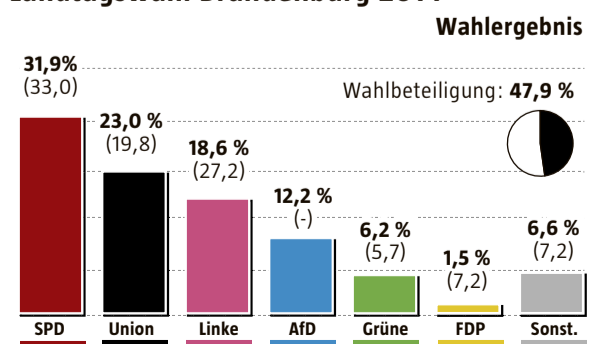
*meinen* hat Bundesparteichef Sigmar Gabriel den 41-jährigen Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein zur Übernahme des Parteivorsitzes im Land aufgefordert. Bausewein selbst hat mittlerweile erklärt, für das Amt bereitzustehen. Im Erfurter Rathaus regiert er selbst zusammen mit Linken und Grünen. Doch auch er weiß, dass das Grunddilemma der SPD nicht einfach zu lösen ist. „Wir müssen überlegen, wie wir aus der strategisch ungünstigen Position herauskommen, zwischen Union und Linker zerrieben zu werden“, sagte er noch am Wahlabend der taz.

Bei der nächsten Landtagswahl sogar unter zehn Prozent zu rutschen, das ist die große Angst, die bei den Sozialdemokraten umgeht. Vor allem, falls die Partei in einer neuen großen Koalition unter Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) erneut nur als Mehrheitsbeschaffer wahrgenommen werden sollte. Dass ein solches Bündnis stabiler arbeiten könnte als Rot-Rot-

Grün, gilt aber ebenfalls als unsicher. Auch diese Koalition hätte nur eine Stimme Mehrheit, weshalb Lieberknecht am Montag eine neue Option ins Spiel brachte: Die Grünen mit ins Boot zu holen, um so die Mehrheit auszubauen. Während die sechsköpfige Grünenfraktion für Rot-Rot-Grün wohl bereitstünde, reagierte die Partei auf den Vorschlag der Ministerpräsidentin abweisend. „Ich bin sehr skeptisch, ob das auf Landesebene eine Zukunft hat“, bekräftigte die Thüringer Grünen-Spitzenkandidatin Anja Siegesmund am Montag in Berlin nach Beratungen der Parteispitzen. Entscheidend seien rechnerische und inhaltliche Gründe. Die Grünen hätten einen Politikwechsel in Thüringen angestrebt, betonte Siegesmund. Außerdem habe Schwarz-Rot auch ohne die Grünen eine Mehrheit. Gespräche würden aber nicht von vornherein abgelehnt.

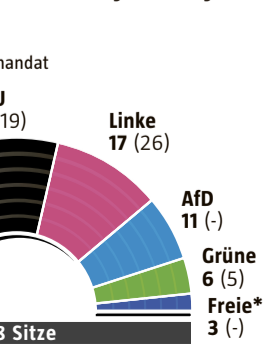
Die Sozialdemokraten setzten derweil die Debatte über eigene Fehler im Wahlkampf fort. Das Offenhalten der Koalitionsfrage hatte Parteichef Gabriel schon am Wahlabend mit ungewohnt klaren Worten vor laufenden Kameras kritisiert. Am Montag wiederholte er diese Kritik öffentlich nicht. Im Parteipräsidium wurde die Frage dem Vernehmen nach aber erneut kontrovers diskutiert.

#### Landtagswahl Brandenburg 2014



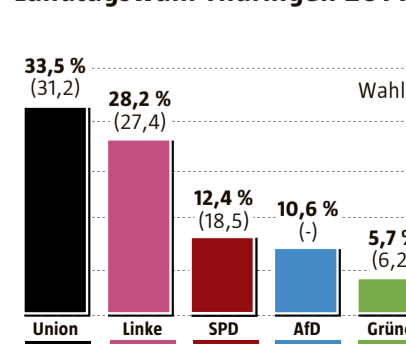
in Klammern: Wahlergebnisse/Sitzverteilung 2009

#### Landtagswahl Thüringen 2014



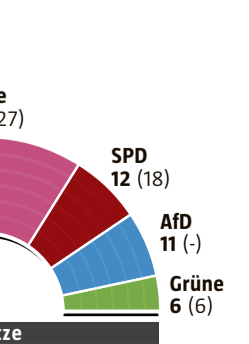
taz.Grafik: Infotext/P. Sobotta

#### Landtagswahl Thüringen 2014

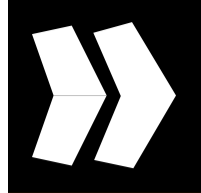


in Klammern: Wahlergebnisse/Sitzverteilung 2009

#### Landtagswahl Thüringen 2014



taz.Grafik: Infotext/S. Weber



Wahlen in Thüringen und Brandenburg

Während die CDU in beiden Ländern leicht gewinnt, fährt die AfD zweistellige Ergebnisse ein. Was bedeutet der Rechtsruck?



# Die Gretchenfrage

**CDU** Rückbesinnung auf konservative Werte, selbstsicheres Ignorieren oder Ächtung der Neulinge? In der Union ist man vorsichtig beunruhigt über das Erstarken der AfD

AUS BERLIN ANJA MAIER

Die CDU-Vorsitzende ist zufrieden. Bei ihrer Pressekonferenz am Montag im Konrad-Adenauer-Haus gratuliert Angela Merkel den Landesvorsitzenden Christine Lieberknecht und Michael Schierack. Der Wahlsonntag, sagt sie, sei ein Abend gewesen, „an dem wir uns freuen konnten“.

Schon wahr, die CDU hat in beiden Ländern gut abgeschnitten. In Thüringen hat Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht das Ergebnis von 2009 um 2,3 Punkte auf 33,5 Prozent verbessert. Und in Brandenburg konnte die bislang notorisch zerstrittene Partei von 19,8 auf 23 Prozent zulegen.

## Konservative Konkurrenz

Dennoch hat die Bundes-CDU allen Grund zur Sorge. Denn die erstmals angetretene Alternative für Deutschland hat aus dem Stand zweistellige Ergebnisse eingefahren und dabei allen Parteien, auch der CDU, Wähler abgezogen. Einer Partei also, die für sich reklamiert, konservative Inhalte zu besetzen.

Schon melden sich auch innerhalb der CDU die Bedenken-träger. Der konservative Berliner Kreis – ein bislang eher im Ankündigungsmodus operierender Zusammenschluss meist älterer männlicher Unionspolitiker – fordert Partei- und Fraktionsführung via *Bild Online* auf, auf die AfD zuzugehen. Die Strategie, die AfD zu ignorieren, sei fehlgeschlagen.

„Gerade im liberal-konservativen Bereich hat die Union in den letzten Jahren – leider – deutlich an Anziehungskraft verloren“, schreibt die Gruppe. In Zeiten der Großen Koalition könne das Profil der Union leiden. Schon deshalb dürfe die Union „keinen politisch-programmatischen Raum für andere Parteien lassen“. Gelingen ihr das nicht, so die Argumentation, schwäche sie das bürgerliche Lager und trage dazu bei, „dass das Pendel nach rechts ausschlägt“.

Unionsfraktionschef Volker Kauder konterte umgehend, CDU und CSU müssten sich mit

den Themen der AfD auseinandersetzen. Jedoch nicht mit der Partei. „Wir bleiben bei unserem Kurs, wir sagen den Menschen, was wir wollen, was wir vorhaben“, sagte er im ZDF. Eine Zusammenarbeit mit der AfD schloss er jedoch erneut kategorisch aus: „Wir haben einen klaren Kurs“, sagte er, „keine Koalitionen mit der AfD.“

CSU-Chef Horst Seehofer forderte, die Union müsse sich auf ihre Stärken besinnen. „Der beste Schutz gegen die AfD ist eine gute eigene Politik“, sagte er in München. Es gebe keine Veranlassung, sich von der AfD treiben zu lassen. Seehofer betonte aber: „Das wird mit der AfD schon eine längerfristige Auseinandersetzung.“

Die Kanzlerin indes reagierte demonstrativ gelassen. In schönstem Merkel-Sprech antwortete sie auf eine entsprechen-

de Frage: „Wir sind übereingekommen, dass die beste Antwort auf die AfD natürlich die gute Arbeit ist, die wir als Regierung leisten müssen dort, wo wir in Regierungsverantwortung sind.“ Kurz gesagt: Weiter wie bisher, interne Debatten gehen die Öffentlichkeit nichts an.

## Lästig, aber unübersehbar

Die anwesenden Vorstandsmitglieder ließen keinen Zweifel daran, wie sie die AfD zu behandeln gedenken. Parteivize Armin Laschet sagte, er wolle „die offen bekämpfen“. Und der Baden-Württemberger Thomas Strobl betonte, er sehe mit der AfD „keine Koalitionen, keine Bündnisse, weder Duldung noch Zusammenarbeit“.

Ob diese Haltung Bestand hat, wird man sehen. Im kommenden Jahr wird in Hamburg und Bremen gewählt, im Jahr darauf

in fünf weiteren Ländern. Hält die AfD bis dahin durch und schafft es in die Parlamente, dürfte der hernach anstehende Bundestagswahlkampf schmutzig werden. Für die Union ginge es dann um die Machtfrage; sie müsste angreifen.

Eine Partei, die am Montag gern weniger prominent ignoriert worden wäre, war die FDP. Sie war aus beiden Landtagen geflogen. Die FDP, sagte Parteichef Christian Lindner im Thomas-Dehler-Haus, brauche „eine Eisbrecher-Wahl“. Der Eindruck, seine Partei sterbe einen schleichenden Tod, sei falsch. Langfristiges Ziel bleibe die Rückkehr in den Bundestag 2017.

Als AfD-Kopie werde die FDP aber niemals auftreten. „Wir wollen keine Politik machen mit Zorn, Ressentiments oder Opportunismus. Ohne uns“, so Lindner.

# Die Rechten, die auch Linke-Wähler gerne haben

**AFD** Nach ihren Erfolgen träumt die AfD schon vom nächsten Parlamentseinzug in Hamburg

BERLIN taz | Björn Höcke wirkt auch einen Tag nach der Wahl noch aufgedreht. Seine Partei, sagt der AfD-Spitzenmann am Montag in Berlin, sei auf dem Weg zur „kleinen Volkspartei“.

Die Alternative für Deutschland kommt am Montag aus dem Kraftstrotzen nicht heraus. 12,2 Prozent holte die Partei in Brandenburg, 10,6 Prozent in Thüringen. Elf Mandate beschert das in beiden Ländern. Und das nur zwei Wochen nach dem Triumph in Sachsen.

Parteichef Bernd Lucke wirft den Blick schon mal voraus. Er verweist auf die Wahl Mitte Februar in Hamburg. Dann soll die AfD auch ihr erstes Westparlament erobern. Am Montag bringt sich schon mal AfD-Promi Hans-Olaf Henkel, einstiger Wirtschafts-boss, in Stellung für eine Spitzenkandidatur. Als Hanseat habe er bei dieser Wahl „natürlich

eine besondere Verantwortung“, sagt er. An einem Erfolg zweifelt in der Partei keiner.

Vom Populismus, auch rechtsaußen, den die AfD in den jüngsten Wahlkämpfen bediente, wird die Partei vorerst nicht mehr lassen. Zu sehr zahlte sich dieser aus. Eine Austrocknung des „Politisumpfs“ forderte die AfD in Thüringen. In Brandenburg war es die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um dortige Kriminalität zu stoppen. Besonders in den Grenzregionen zu Polen zündete das: Um die 20 Prozent holte die AfD dort. Auch im Südosten Thüringens – in Gera oder Greiz – war die Partei stark. Die Region liegt Tschechien am nächsten. Henkel nimmt den Faden für Hamburg auf. Auch dort werde man sich natürlich um das Flüchtlingsthema kümmern. Dazu kämen etwa die Elbvertiefung oder die „Verwahrlosung um die Rote Flora“.

Ein Erfolgsgarant wird in Hamburg allerdings ausfallen: Denn die AfD punktete in Thüringen und Brandenburg auch mit ihren offenen DDR-Anleihen. Das zog: 20.000 Linken-Wähler zog die AfD in Brandenburg an sich, mehr noch als die 18.000 Abtrünnigen von der CDU und die 17.000 der FDP. In Thüringen machten 16.000 einstige Linkspartei-Anhänger rüber. Der AfD kam dabei auch zugute, dass die Linke in beiden Ländern als Protestpartei ausfiel: In Brandenburg regierten sie mit, in Thüringen brachten sie sich als Regierende in Stellung.

Ein bisschen Nostalgie, ein bisschen Recht und Ordnung, ein bisschen gegen das Establishment. In Brandenburg sieht AfD-Wahlkampforganisator Steffen Königer in dieser Mischung den entscheidenden Erfolg. „Keiner Partei ist es doch bis heute gelungen, den ehemaligen DDR-Bürger zu verstehen“, sagt er. „Wir haben eben keine Rote-Socken-Kampagne gefahren, sondern die Leute angesprochen, die sich überhaupt nicht mehr vertreten fühlen.“ Und in der DDR, bemerkt Königer, hätten die Leute ja auch einen anderen Bezug zum „Waterland“ gehabt: einen positiven.

KONRAD LITSCHKO



Nicht von rechts überholt: Wahlgewinner Angie Merkel (Chefin), Christine Lieberknecht (Thüringen) und Michael Schierack (Brandenburg) Foto: reuters

# „Es braucht keine Partei wie die AfD, um Debatten anzustoßen“

**CDU** Die Wahlen in Thüringen und Brandenburg haben gezeigt, dass die AfD nicht „aus dem Fleisch der CDU“ ist, sagt Julia Klöckner, Vizechefin der CDU

taz: Frau Klöckner, am Sonntag gab es gute Ergebnisse für die CDU in Thüringen und Brandenburg. Aber auch für die AfD. Wir groß war da noch die Freude im CDU-Bundesvorstand?

Julia Klöckner: Erst mal überwiegt natürlich die Freude, dass die Zustimmung zu den Christdemokraten so groß ist. Wir können uns gut vorstellen, dass das Ergebnis für die SPD sehr hart ist. Mittlerweile sind ja SPD und AfD in Thüringen fast gleichauf. Ohne die AfD hätte die CDU aber noch besser abgeschnitten.

Es hat sich klar gezeigt, dass die These nicht stimmt, die AfD sei aus dem Fleisch der CDU. Die CDU hat sogar in beiden Ländern Stimmen gewonnen. Die AfD ist eine Unmuts-Aufsauger-Partei, die aus allen Parteien Wähler zieht. Sie schürt die Angst vor

## Julia Klöckner

41, ist stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Seit 2010 gehört sie dem Parteipräsidium an. Sie ist Vorsitzende der CDU-Rheinland-Pfalz und Fraktionschefin im Mainzer Landtag. Julia Klöckner ist gelernte Journalistin und arbeitete früher als Religionslehrerin an einer Grundschule.



Foto: Erichsen/dpa

Wohlstandsverlust, bietet aber keine Lösungen an.

Dennoch muss sich auch die CDU fragen, warum die AfD salonfähig wird. 10, 12 Prozent sind keine Kleinigkeit.

Da hilft ein Blick in die Geschichte. Auch in Baden-Württemberg saßen mal die Republikaner im Landtag. Damals hat man gesagt, die bleiben jetzt. Und das stimmt ja nun gar nicht. Auch bei den Piraten hat man das gesagt. Kurzum, jetzt kommt für die AfD der Realitätscheck. Wer sagt, der Euro sei schlecht für uns, muss den Arbeitnehmern und Unternehmern erklären, was dann mit den Arbeitsplätzen im Exportland Deutschland passiert. Der Berliner Kreis hat sich gemeldet: Die Strategie der Union, die AfD zu ignorieren, sei fehlgeschlagen. Man müsse auf die

konservativen Wähler der AfD zugehen. Was sagen Sie dazu? Ich sehe nach wie vor keine Berührungspunkte mit der AfD, Koalitionen schon gar nicht. Die AfD spielt mit den Ängsten der Wähler. Wir müssen das natürlich ernst nehmen. Aber die Frage ist doch, ob man reflexhaft reagiert. Unsere Antwort darauf muss solides Arbeiten, das Ansprechen und Ermutigen der Menschen sein. Ressentiments muss man ernst nehmen, darf Sie aber nicht noch schüren. Politik muss ohnehin immer wieder erklärt werden.

Die CDU hat sich mit Themen wie Gleichstellung oder Homoehe in die gesellschaftliche Mitte begeben und ist dafür gewählt worden. Wer bedient in Ihrer Partei noch den konservativen Flügel?

Konservativ sein hat nichts mit Einzelthemen zu tun. Konservativ sein ist eine Haltung. Ob man verlässlich ist, nachhaltig denkt und so auch vor allem handelt.

Intern schiebt die CDU gerade einen Reformprozess an. Muss es da jetzt nicht wegen der AfD eine inhaltliche Debatte geben? Noch mal, die CDU hat bei den Wahlen zugelegt, auch wenn das in das ein oder andere vorgefertigte Bild nicht passen mag. Und es braucht nicht eine Partei wie die AfD, um Debatten anzustoßen. Die CDU debattiert fortlaufend über ihre Positionen. Ganz aktuell: Wir haben jetzt drei neue Kommissionen eingerichtet. Alle schauen jetzt nach Thüringen, wo Christine Lieberknecht „einen klaren Regierungsauftrag“ hat. So klar ist der aber doch nicht, schaut man sich die

Sitzverteilung an. Wie kann Lieberknecht die SPD überzeugen, noch mal mit ihr zu regieren?

Die SPD sollte diese Frage vom Ende her bedenken. Will sie, dass 25 Jahre nach dem Fall der Mauer die geistigen Erben der SED wieder das Sagen haben? Dann würde sich die SPD als Volkspartei überflüssig machen. Oder will sie in einer großen Koalition für Stabilität sorgen?

Aber in Thüringen hat die SPD in der großen Koalition eindeutigen Schaden genommen.

Ich glaube, dass der SPD-Bundesvorsitzende recht hat: Interne Querelen bringen nie Stimmen. Und wer sich nicht klar positioniert und alles offen lässt, wird nicht ernst genommen. Der Wähler goutiert einfach nicht, wenn die SPD mit der Linkspartei flirtet.

INTERVIEW: ANJA MAIER